

Einkommensungleichheit als Gefahr für die Demokratie

WSI-Verteilungsbericht 2023

Die alltäglichen Erfahrungen und Möglichkeiten von Menschen in Deutschland hängen ganz entscheidend von ihrem Einkommen ab. Zu einem gesellschaftlichen Problem wird Einkommensungleichheit dann, wenn sie zu einer Entfremdung einzelner Gruppen vom demokratischen System beiträgt. Ausgehend von der anhaltend hohen Einkommensungleichheit zeichnet der Verteilungsbericht unterschiedliche Lebensrealitäten von Menschen nach und verdeutlicht: Wenn sich Menschen gesellschaftlich nicht mehr wertgeschätzt fühlen und das Vertrauen in das politische System verlieren, dann leidet darunter auch die Demokratie.¹

JAN BRÜLLE, DOROTHEE SPANNAGEL

1 Einleitung

Seit Jahrzehnten befindet sich die Ungleichheit in Deutschland auf einem hohen Niveau, gerade wenn man die Zeit vor der Jahrtausendwende als Maßstab nimmt. Die letzten Jahre sind zudem von multiplen Krisen geprägt – etwa der Corona-Pandemie ab dem Jahr 2020, der steigenden Inflation seit 2021 und der Energiekrise infolge des russischen Überfalls auf die Ukraine – deren Auswirkungen auf die Einkommensungleichheit häufig noch uneindeutig sind. Effekte auf das Niveau der Einkommensungleichheit sind jedoch nur ein Aspekt, wie Krisen für soziale Ungleichheit relevant werden können. Auf individueller Ebene sind Ressourcen und Positionen entscheidend dafür, wie stark Menschen die Folgen der Krisen spüren und wie gut sie diese bewältigen können. Doch auch auf kollektiver Ebene spielt soziale Ungleichheit eine Rolle für die Krisenbewältigung: Effektive gesellschaftliche und politische Antworten auf Krisen setzen ein gewisses Maß an sozialem Zusammenhalt und Vertrauen voraus. Zu große soziale Ungleichheiten und ihre individuellen Folgen gefährden jedoch diese Grundlagen des demokratischen Systems. Besonders ein Mangel an gesellschaftlicher Anerkennung ist ein Faktor, der in engem Zusammenhang mit der Unzufriedenheit mit der Demokratie insgesamt steht (Schneickert et al. 2019). Dies ist der

Hintergrund, vor dem im Verteilungsbericht die aktuell verfügbaren Zahlen zur Entwicklung der Einkommensungleichheit in Deutschland vorgestellt werden. Darüber hinaus legen wir einen Fokus auf die Begleiterscheinungen von Ungleichheiten: Inwiefern erleben Personen aus unterschiedlichen Einkommensgruppen gesellschaftliche Anerkennung bzw. Geringschätzung? Und inwiefern gehen Einkommensunterschiede mit einer Entfremdung von demokratischen Institutionen einher?

Der Bericht ist wie folgt aufgebaut: In Abschnitt 2 werden einige Grundüberlegungen zu sozialer Ungleichheit vorgestellt, um die Ergebnisse in den weiteren Kontext der längerfristigen Entwicklung der Ungleichheit in Deutschland einzubetten. Abschnitt 3 befasst sich mit den verwendeten Daten und Methoden. In Abschnitt 4 werden die Ergebnisse zur Entwicklung der Einkommensverteilung seit 2010 präsentiert und Abschnitt 5 zeigt, wie sich die wahrgenommene Anerkennung durch andere und das Vertrauen in politische Institutionen in der Bevölkerung im Jahr 2021 verteilen. Abschnitt 6 schließt den Bericht mit einem Ausblick auf die jüngsten Entwicklungen und politischen Handlungsempfehlungen ab.

¹ Eine längere Fassung des Berichts ist publiziert als WSI-Report (Brülle/Spannagel 2023). Für äußerst hilfreiche Anmerkungen geht unser großer Dank an Andreas Hövermann.

2 Soziale Ungleichheit: Ein Überblick

Der Zugang zu hochwertigen Lebensmitteln, einem schönen Wohnumfeld, einem sicheren Job oder einer guten Ausbildung ist in unserer Gesellschaft sehr ungleich verteilt. Für viele Menschen sind diese Dinge eine Selbstverständlichkeit, für andere erscheinen sie unerreichbar. Die ungleiche Verteilung des Zugangs zu Ressourcen und Positionen zwischen Personen und Personengruppen wird allgemein als soziale Ungleichheit bezeichnet (Böhnke et al. 2023). Die Ungleichheit von finanziellen Ressourcen ist Dreh- und Angelpunkt der Verteilung von Lebenschancen. Geld ist das zentrale Mittel für den Erwerb von Gütern und Dienstleistungen und damit ausschlaggebend für den Lebensstandard und die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen.

In diesem Bericht betrachten wir sowohl die Entwicklung der Einkommensungleichheit insgesamt als auch die Situation von Personen in verschiedenen Einkommenspositionen. Wie haben sich hohe, niedrige und mittlere Einkommen entwickelt? Öffnet oder schließt sich die sprichwörtliche Schere zwischen den obersten und untersten Einkommen? Als einkommensarm oder -reich gelten Menschen, wenn Sie im Verhältnis zum gesellschaftlichen Standard besonders viel oder besonders wenig Einkommen haben. Die Betrachtung dieser Extrempositionen ist wichtig, weil Menschen gerade in den unteren Bereichen der Einkommensverteilung deutlich hinter dem Lebensstandard der Mitte der Gesellschaft zurückbleiben. Dagegen geht ein sehr hohes Einkommen nicht nur mit zahlreichen Möglichkeiten des Konsums und des Vermögensaufbaus einher, die anderen Gruppen verschlossen bleiben – er beschert den Reichen auch großen politischen Einfluss (Elsässer et al. 2017).²

In vielerlei Hinsicht ist Deutschland heute im Vergleich zu den 1990er Jahren ein sehr ungleiches Land. Die Ungleichheit der Einkommen hat vor allem zwischen Ende der 1990er und Mitte der 2000er Jahre stark zugenommen (Spannagel/Molitor 2019). Diese Entwicklung lässt sich insbesondere auf wachsende Ungleichheiten in den Erwerbseinkommen zurückführen, unter anderem auf einen starken Anstieg der Niedriglohnbeschäftigung (vgl. für die strukturellen Ursachen gestiegener Arbeitsmarktungleichheiten Fitzenberger/Seidlitz 2020). Dabei gibt es Bevölkerungsgruppen, die eher zu den Verlierern des strukturellen Wandels gehören – insbesondere Personen in Arbeiterberufen mit niedrigeren Qualifikationen, Migrationserfahrungen und/oder prekären Erwerbsbiografien –, und diejenigen, die hiervon eher profitiert haben – insbesondere Hochqualifizierte oder Personen in leitenden Positionen. Neben Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt spielt zudem das Steuer- und Transfersystem eine entscheidende Rolle für die Entwicklung von Einkommensungleichheiten. Die Besteuerung für hohe Ein-

kommen und Vermögen wurde in den vergangenen Jahrzehnten stark reduziert; etwa durch die deutliche Absenkung des Spitzensteuersatzes von 56 % Mitte der 1980er Jahre auf heute nur mehr 42 % oder durch die Aussetzung der Vermögensteuer seit dem Jahr 1997.

Auch Armut hat in diesen Jahren stark zugenommen, und zwar vor allem in Form einer wachsenden Verfestigung prekärer Lebenssituationen: Für viele arme Haushalte wurde es schwieriger, aus Armut und niedrigen Einkommenspositionen aufzusteigen (Groh-Samberg 2014). Nach 2005 hat sich die Ungleichheit der Einkommen trotz eines stetigen Rückgangs der Arbeitslosigkeit weiter verstärkt und sie befand sich damit auch Ende der 2000er Jahre noch auf einem deutlich höheren Niveau als 1999. Während die untersten Einkommen in den letzten Jahrzehnten teilweise real gesunken sind, haben höhere Einkommen deutlich zugenommen (Grabka 2021).

Nun gibt es zahlreiche Hinweise, dass die Pandemie insbesondere Arbeitsmarktungleichheiten noch weiter verstärkt hat. Haushalte mit niedrigem Einkommen waren überdurchschnittlich häufig von Kurzarbeit betroffen und das Kurzarbeitergeld wurde für sie auch seltener durch den Arbeitgeber aufgestockt (Braband et al. 2022). Insbesondere Selbstständige und Personen in sogenannten atypischen Beschäftigungsverhältnissen, wie etwa geringfügig Beschäftigte, waren zudem hohen Risiken ausgesetzt, ihr Erwerbseinkommen ganz zu verlieren (Kohlrausch et al. 2020; Braband et al. 2022). Hinzu kommt: Mit nur 60 % eines schon geringen Erwerbseinkommens über die Runden zu kommen, kann zu einer großen Herausforderung werden. In welchem Maße solche Ungleichheiten durch staatliche Entlastungsmaßnahmen ausgeglichen wurden, ist jedoch unklar: Simulationen schätzen etwa, dass sich im ersten Jahr der Pandemie die Ungleichheit der Markteinkommen verstärkt hat, dies jedoch nicht zu einer Zunahme der Ungleichheit der Einkommen nach Steuern und Transfers führte (Beznoska et al. 2020).

Die strukturell hohen Einkommensungleichheiten rücken die Untersuchung der Folgen sozialer Ungleichheiten in den Fokus: Einkommenspositionen beeinflussen direkt den materiellen Lebensstandard und auch viele andere Lebensbereiche wie die Gesundheit oder die Wohnsituation. Sie schlagen sich eben nicht nur auf dem Bankkonto, sondern auch im täglichen Leben und nicht zuletzt auch in der Interaktion mit anderen Menschen nieder (Böhnke et al. 2023). Sie haben zudem Einfluss auf die po-

2 Im Vergleich zum Einkommen ist der Besitz von Geld und Gütern – also das Vermögen – noch deutlich ungleicher verteilt. Ein Großteil der Bevölkerung hat über das regelmäßige Einkommen hinaus keine bzw. nur sehr geringe finanzielle Mittel – oder ist sogar verschuldet. Trotz der unbestrittenen Bedeutung des Vermögens als eigenständige Dimension der Ungleichheit beschränken sich die nachfolgenden Analysen auf das Einkommen, weil das Vermögen in den verwendeten Daten nicht detailliert abgebildet wird.

litischen Einstellungen. Das politische System und konkrete politische Maßnahmen sind in einer Demokratie auf die Unterstützung der Bevölkerung angewiesen. Eingeschränkte gesellschaftliche Teilhabe, Sorgen und Unzufriedenheiten können zu Frust und einem Vertrauensverlust in politische Institutionen führen, was die Basis unserer Demokratie gefährdet. Eine besondere Bedeutung für Entfremdungsprozesse vom politischen System wird dabei der Erfahrung fehlender sozialer Anerkennung zugeschrieben (Schneickert et al. 2019). Um solche Risiken besser einschätzen zu können, untersuchen wir im Verteilungsbericht, inwiefern Menschen mit unterschiedlichen Einkommen soziale Wert- oder Geringschätzung erleben und wie stark sie den Akteuren und Institutionen unseres demokratischen Systems vertrauen. Der folgende Abschnitt gibt zunächst einen Überblick über die verwendeten Daten und Methoden.

3 Daten und Methoden

Der Bericht stützt sich auf zwei unterschiedliche Datenquellen. Für die Analyse der Einkommensungleichheit verwenden wir Daten des Mikrozensus aus der amtlichen Sozialberichterstattung des Bundes und der Länder (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023). Der Mikrozensus liefert Informationen zur Verteilung der Monatseinkommen in Deutschland bis zum Jahr 2022.³ Für die Darstellung der Alltagsrealitäten von Menschen in verschiedenen Einkommensklassen in Abschnitt 5 nutzen wir Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) für das Jahr 2021 (Welle v38). Das SOEP ist eine Befragung, die seit 1984 jährlich vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) erhoben wird. Aktuell sind Daten für etwa 30 000 Personen in rund 15 000 Haushalten verfügbar (Goebel et al. 2019). Beide Datensätze sind repräsentativ für die Wohnbevölkerung in Deutschland. Die SOEP-Daten bieten für das Jahr 2021 ein Sondermodul, in dem Daten zur sozialen Anerkennung erhoben wurden. Diese sind die Grundlage für unsere Analysen im fünften Ab-

schnitt des Berichts. Leider liegen diese Daten nur für ein Jahr vor, Zeitvergleiche sind nicht möglich.

Um das Ausmaß und die Entwicklung der Einkommensungleichheit zu analysieren, werden unterschiedliche Ungleichheitsmaße berechnet. Das gängigste Maß ist der Gini-Koeffizient, der die Konzentration der Einkommen abbildet und sich zwischen Null und Eins bewegen kann. Bei einem Wert von Null haben alle Haushalte genau gleich viel Einkommen, bei Eins konzentrieren sich alle Einkommen bei einem einzigen Haushalt. Eine andere Möglichkeit, die Ungleichverteilung der Einkommen abzubilden, sind Armuts- und Reichtumsquoten, die angeben, welche Anteile der Bevölkerung in Armut oder Reichtum leben. Die gängige Armutsgrenze liegt bei 60 % des Medianeinkommens, bei weniger als 50 % spricht man von strenger Armut.⁴ Für das Jahr 2022 liegt die Armutsgrenze im Mikrozensus für einen Singlehaushalt bei einem verfügbaren Nettoäquivalenzeinkommen von knapp 1200 € pro Monat, strenge Armut fängt bei weniger als 1000 € an.⁵ Wer ein verfügbares Einkommen von mehr als dem Zweifachen des Medians hat, ist einkommensreich (also knapp 4000 € für eine alleinlebende Person).

Für die Darstellung der Alltagserfahrungen von Menschen mit unterschiedlichem Einkommen nutzen wir SOEP-Daten für das Monatseinkommen, da hier Daten für die Befragten über mehrere Jahre vorliegen. Dadurch können wir den Unterschied zwischen kurzfristigen und dauerhaften Erfahrungen von Armut abbilden und den Trend der Verfestigung von Armut in den letzten Dekaden aufgreifen (siehe Abschnitt 2). Wir unterscheiden für diejenigen, die im Jahr 2021 arm waren, ob sie auch in den vorherigen vier Jahren durchgehend arm waren. Ist dies der Fall, bezeichnen wir sie als „dauerhaft arm“, da die Betroffenen über einen langen Zeitraum mit einem Einkommen unterhalb der Armutsschwelle auskommen müssen. Waren sie im Jahr 2021 arm, aber in mindestens einem der vorherigen vier Jahre oberhalb der Armutsgrenze, gehören sie zu den „temporär Armen“. Daneben unterscheiden wir Personen mit mittlerem Einkommen (mehr als 60 % und weniger als 200 % des Medianeinkommens) und Einkommensreiche (mehr als 200 % des Medianeinkommens).⁶

3 Leider gibt es im Mikrozensus zwischen den Jahren 2019 und 2020 einen Zeitreihenbruch. Daher können die Ergebnisse ab 2020 nur sehr eingeschränkt mit denen der Vorjahre verglichen werden. Aufgrund von Schwierigkeiten bei der Erhebung der Daten für das Jahr 2020 ist auch der Vergleich mit den Folgejahren mit Unsicherheiten verbunden (für nähere Informationen hierzu siehe Statistisches Bundesamt 2023).

4 Das Medianeinkommen ist das Einkommen, das genau in der Mitte liegt, wenn man alle Einkommen der Höhe nach anordnet.

5 In diesem Bericht wird für die 60%-Armutsgrenze nicht der oftmals verwendete Begriff der „Armutsrisikoquote“ benutzt, um deutlich zu machen, dass Haushalte, die mit weniger als 60 % des mittleren Einkommens auskommen müssen, tatsächlich arm und nicht nur von Armut gefährdet sind.

6 Wir verzichten auf eine Differenzierung zwischen temporär und dauerhaft Einkommensreichen, da sich zwischen diesen beiden Gruppen keine großen Unterschiede zeigen. Die Ergebnisse sind längsschnittgewichtet, um die Notwendigkeit der Teilnahme der Befragten über mehrere Jahre zu berücksichtigen.

4 Einkommensungleichheit in Deutschland 2010–2022

Wie hat sich nun die Einkommensungleichheit in Deutschland in den letzten Jahren entwickelt? Lässt sich in den Daten ein Einfluss der Pandemie auf die Einkommensungleichheit ablesen? Wir stellen im Folgenden die Entwicklung seit der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise dar, ein Zeitraum, der in Deutschland bis zum Beginn der Pandemie durch ein stabiles Wirtschaftswachstum geprägt war.

Der Gini-Koeffizient zeigt im dargestellten Zeitraum eine hohe Stabilität: Er liegt zwischen 2010 und 2019 durchgehend bei 0,29 und damit deutlich höher als der Wert von 0,26 im Jahr 1999. In den letzten drei Jahren des Untersuchungszeitraums liegt er bei 0,30. Dahinter steckt aber nicht zwangsläufig ein Anstieg zwischen 2019 und 2020, da sich zum ersten Jahr der Pandemie das Erhebungskonzept der Mikrozensusdaten geändert hat und daher die Daten von 2019 und 2020 nicht vergleichbar sind (vgl. Brülle/Spannagel 2023). Etwas mehr Bewegung zeigt sich, wenn man die Gini-Werte der Jahreseinkommen im SOEP betrachtet (leider aktuell nur bis zum Jahr 2019 möglich). Diese Daten zeigen, dass die Einkommensungleichheit zwischen 2010 und 2019 insgesamt wellenförmig leicht angestiegen ist und im Jahr 2019 einen vorläufigen Höchststand erreicht hat (Spannagel/Zucco 2022, S. 7).

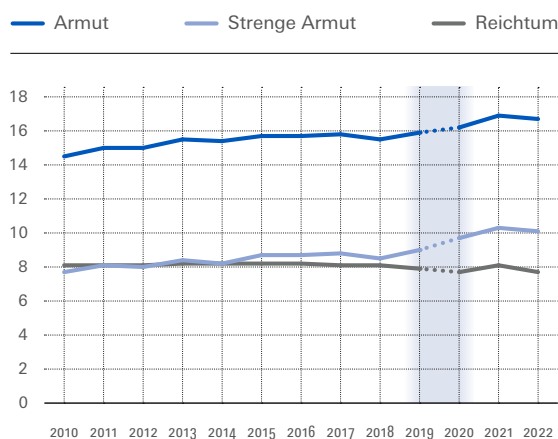
Eindeutig zugenommen hat über die untersuchten Jahre hinweg der Anteil der Armen und der sehr Armen (Abbildung 1): Im Jahr 2022 leben 16,7 % der Deutschen in Armut; 10,1 % der Deutschen sogar in strenger Armut – sie müssen also mit weniger als 50 % des mittleren Einkommens zurechtkommen. Im Jahr 2010 waren hingegen nur 14,5 % der Deutschen von Armut betroffen; 7,7 % waren sehr arm. Bis zum Jahr 2019 zeigt sich bei beiden Werten ein kontinuierlicher Anstieg: Die Armutsquote liegt in diesem Jahr bei 15,9 % und damit fast 1,5 Prozentpunkte höher als zu Beginn des Jahrzehnts; große Armut ist relativ gesehen noch stärker angestiegen. Auch die ersten Jahre der Pandemie sind von steigender Armut gekennzeichnet (2020–2021 plus 0,7 Prozentpunkte bei Armut insgesamt; plus 0,6 bei großer Armut). Zum letzten der hier untersuchten Jahre gehen dann beide Werte leicht zurück. Worauf dieser Rückgang zurückzuführen ist, ist nicht eindeutig zu sagen. Eine mögliche Interpretation ist, dass er im Zusammenhang mit den Entlastungsmaßnahmen steht, welche die Politik im Jahr 2022 auf den Weg gebracht hat – unter anderem Zuschläge zu den Leistungen für Grundsicherungsempfänger*innen. Zwar haben die verschiedenen Maßnahmen insgesamt die oberen Einkommensschichten in absoluten Zahlen ähnlich oder sogar noch stärker entlastet (Pieper et al. 2023), relativ zum eigenen Einkommen waren sie jedoch großzügiger für

Menschen mit geringen Einkommen. Das eindeutige Fazit: Seit Jahren wächst der Anteil der Personen, die von Armut betroffen sind. Und das gilt insbesondere auch für die letzte Dekade, eine Zeit, in der Deutschland einen großen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt hat. Zwar geht der Anteil der Armen im letzten Beobachtungsjahr zurück, jedoch ist vor dem Hintergrund der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen eher nicht zu erwarten, dass sich hier ein Ende oder gar eine Umkehr des Anstiegstrends abzeichnet.

ABBILDUNG 1

Einkommensarmut und Einkommensreichtum in Deutschland, 2010–2022

Angaben in Prozent



Anmerkung: Anteil der Personen, die in Haushalten mit einem verfügbaren Einkommen von weniger als 60 % des Medianeinkommens (Gesamtgruppe der Armen) bzw. weniger als 50 % (Teilgruppe der sehr Armen) leben; Einkommensreichtum beginnt ab einem verfügbaren Einkommen von mehr als 200 %.

Zeitreihenbruch zwischen 2019 und 2020; die Daten für 2022 sind Erst- und nicht Endergebnisse.

Quelle: Mikrozensus 2023

WSI Mitteilungen

Beim Einkommensreichtum zeigt sich insgesamt tendenziell ein Rückgang. Zwischen 2010 und 2018 lag der Anteil der Reichen stabil bei 8,1 % bzw. 8,2 %. Zum Jahr 2019 sinkt er dann zunächst auf 7,9 % und im Jahr 2020 auf 7,7 %. Die Entwicklungen der letzten Jahre zeigen keinen klaren Trend: Zwischen 2020 und 2021 steigen die Werte dann wieder an – von 7,7 % auf 8,1 % –, nur um dann im Folgejahr wieder auf 7,7 % zu fallen. Damit lässt sich festhalten, dass der Anteil der Einkommensreichen im Jahr 2022 nahezu auf demselben Niveau wie zwölf Jahre zuvor liegt und in den Jahren dazwischen auch kein klarer Trend erkennbar ist.

Doch wie schlagen sich solche Ungleichheiten im Alltag der Menschen nieder? Um diese Frage zu beantworten, nutzen wir in den folgenden Abschnitten Daten des SOEP.

5 Soziale Anerkennung und Institutionenvertrauen

Die eigene Einkommensposition beeinflusst unmittelbar den materiellen Wohlstand, aber auch die Sorgen und Zufriedenheit in Bezug auf die eigene Gesundheit oder den Lebensstandard (Spannagel/Zucco 2022). Doch in welchem Maße unterscheiden sich die Lebenswelten von Armen und Reichen und inwieweit wird Ungleichheit im alltäglichen Leben spürbar? Fühlen sich Menschen in unteren Einkommensgruppen von anderen häufiger nicht anerkannt als Menschen in oberen Einkommensgruppen und inwiefern hängt die Wertschätzung durch andere von einem hohen Einkommen ab?

Deutliche Unterschiede zeigen sich in Bezug auf das Erleben von Wertschätzung bzw. Geringschätzung (*Abbildung 2*): Fast ein Viertel der dauerhaft Armen geben an, dass andere häufig auf sie herabsehen. Dagegen geben weniger als 14 % der temporär Armen, nur 8 % der Personen mit mittleren Einkommen und kaum mehr als 3 % der Reichen eine häufige Ablehnung an. Die Reichen unterscheiden sich zudem in ihrem Erleben von Wertschätzung deutlich vom Rest der Gesellschaft: Fast 48 % geben an, dass andere oft zu ihnen aufsehen, bei den dauerhaft Armen nehmen das nur 28 % so wahr (bei den anderen beiden Gruppen sind es 33 % bzw. 35 %).

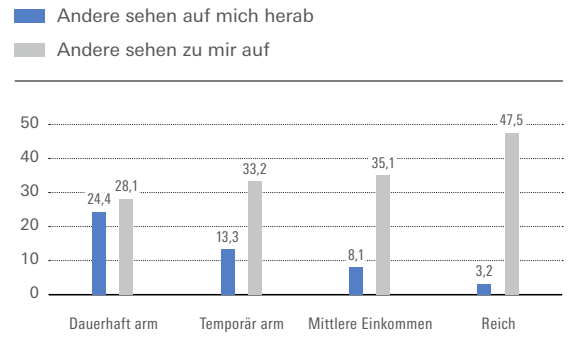
Solche Unterschiede im Erleben von Anerkennung und Missachtung können eine Entfremdung unterer Einkommensklassen von der Gesellschaft, aber auch vom politischen System begünstigen. Denn tatsächlich hängt das Vertrauen in die demokratischen Institutionen stark von der Einkommenshöhe ab (*Abbildung 3*). Unter den Reichen gibt es kaum jemanden, der oder die der Polizei oder unserem Rechtssystem nicht vertraut; bei den dauerhaft Armen sind es hingegen fast ein Viertel (Polizei) bzw. mehr als ein Drittel (Rechtssystem). Ein geringes Vertrauen in den Bundestag geben weniger als 20 % der Reichen, 30 % der Personen mit mittleren Einkommen, aber 40 % bzw. 47 % der temporär bzw. dauerhaft Armen an. In anderen Worten: Fast die Hälfte der dauerhaft Armen bringt dem Bundestag nur wenig Vertrauen entgegen. Für das Vertrauen in politische Akteure zeigt sich eine starke Differenzierung vor allem zwischen den Reichen und den anderen Einkommensgruppen. Nur etwas mehr als ein Drittel der Reichen geben ein geringes Vertrauen in Parteien und Politiker*innen an. Unter den temporär und dauerhaft Armen sind es deutlich über die Hälfte aller Personen.

Diese Ergebnisse beziehen sich auf das Jahr 2021. Sie fallen in eine Zeit, in der sich die Zufriedenheit mit der Demokratie gerade im Vergleich zu den darauffolgenden Jahren auf einem relativ hohen Niveau befand (Hövermann/Kohlrausch 2022). Es ist deshalb davon auszugehen, dass sich das Institutionenvertrauen seitdem eher verringert hat. Die Ergebnisse spiegeln sicherlich nicht

ABBILDUNG 2

Häufige Erfahrung von Wert- oder Geringschätzung nach Einkommensgruppe, 2021

Angaben in Prozent



Anmerkung: Ausprägungen 5–7 auf einer Skala von 1 „trifft nie zu“ bis 7 „trifft sehr häufig zu“.

Dauerhaft Arme: verfügbares Einkommen, das zwischen 2017 und 2021 durchgängig unter 60 % des Medianeinkommens lag;
temporär Arme: verfügbares Einkommen, das 2021 unter 60 % des Medianeinkommens lag, aber das nicht durchgehend seit 2017 tat;
mittlere Einkommen: verfügbares Einkommen, das 2021 zwischen 60 % und 200 % Medianeinkommens lag;
Reiche: verfügbares Einkommen, das 2021 über 200 % des Medianeinkommens lag.

Quelle: SOEP v38, längsschnittgewichtet; eigene Berechnungen

WSI Mitteilungen

ausschließlich kausale Effekte von Einkommensunterschieden wider, sondern lassen sich natürlich auch durch unterschiedliche Zusammensetzungen der Einkommensklassen, z. B. in Bezug auf Bildungsabschlüsse, Alter oder auch Erwerbsstatus, erklären.⁷ Dass diese Faktoren häufig mit dem Einkommen zusammenhängen, verdeutlicht aber auch, wie sehr sich die Lebensrealitäten verschiedener Einkommensklassen unterscheiden.

6 Ausblick und politische Implikationen

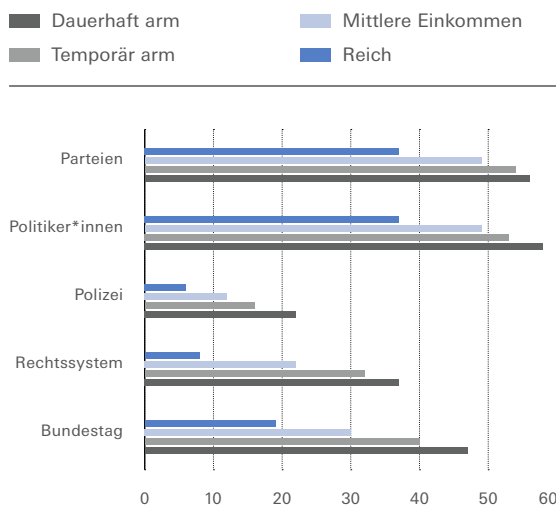
Wir haben in diesem Bericht die Verteilung der Einkommen als zentrale Dimension sozialer Ungleichheit betrachtet. Wie ungleich Einkommen verteilt sind und insbesondere wie viele Personen von Armut betroffen sind, hat gerade in Krisenjahren eine große Bedeutung. Leider erlauben die bislang verfügbaren Daten keine gesicherten Aussagen darüber, wie sich die Konzentration der Ein-

⁷ Weitergehende Regressionsanalysen zeigen, dass sich der Effekt der Einkommensschicht auf das Institutionenvertrauen bei Berücksichtigung anderer sozio-struktureller Variablen verringert, aber keineswegs verschwindet.

ABBILDUNG 3

Geringes Institutionenvertrauen nach Einkommensgruppe, 2021

Angaben in Prozent



Anmerkung: Geringes Vertrauen in politische Institutionen:

Ausprägungen 0–4 auf einer Skala von 0 „vertraue ich überhaupt nicht“ bis 10 „vertraue ich voll und ganz“.

Dauerhaft Arme: verfügbares Einkommen, das zwischen 2017 und 2021 durchgängig unter 60% des Medianeinkommens lag;

temporär Arme: verfügbares Einkommen, das 2021 unter 60% des Medianeinkommens lag, aber das nicht durchgehend seit 2017 tat;

mittlere Einkommen: verfügbares Einkommen, das 2021 zwischen 60% und 200% Medianeinkommens lag;

Reiche: verfügbares Einkommen, das 2021 über 200% des Medianeinkommens lag.

Quelle: SOEP v38, längsschnittgewichtet; eigene Berechnungen

WSI Mitteilungen

kommen seit Einsetzen der Covid-19-Pandemie entwickelt hat, da die aktuellen Zahlen des Mikrozensus nur eingeschränkt mit den Daten vor 2020 vergleichbar sind. Mit aller gebotenen Vorsicht lassen sich die Ergebnisse aber dahingehend zusammenfassen, dass mit der Pandemie die Ungleichheit zunächst zugenommen hat (2020 auf 2021), zum aktuellsten Erhebungszeitpunkt (2022) dann aber ein Rückgang von Armut und Reichtum eingesetzt hat. In einer längeren Zeitperspektive belegen die Daten, dass die Armutsquoten seit dem Jahr 2010 angestiegen sind. Das gilt insbesondere für strenge Armut. Der Anteil der Einkommensreichen bleibt insgesamt sehr konstant.

Um die Befunde einzubetten und die aktuellen Entwicklungen weiter zu erhellen, wollen wir an dieser Stelle den Blick etwas öffnen und Befunde betrachten, die über die dargestellten Zahlen hinaus Hinweise darauf geben, wie sich die jüngsten Krisen auf die sozialen Ungleichheiten in Deutschland ausgewirkt haben.

Die hier dargestellten Ergebnisse spiegeln zum einen nicht die Folgen der seit 2021 steigenden Inflation wider: Die Berechnung der Ungleichheitsmaße und Armutsquoten berücksichtigt nicht, dass sich die Ausgaben von Haushalten je nach Einkommen unterschiedlich zusam-

mensetzen. Tatsächlich hat die Teuerung von Beginn an Haushalte mit niedrigem Einkommen besonders getroffen (Dullien/Tober 2023): Sie müssen einen Großteil ihres Einkommens für Lebensmittel und Energie ausgeben, die besonders hohe Preissteigerungen erfahren haben. Obwohl sich die Inflation inzwischen auf sehr hohem Niveau abgeschwächt hat, stellen die hohen Preise demnach vor allem für diejenigen eine große Herausforderung dar, die auch zuvor schon die geringsten finanziellen Ressourcen hatten. Zum anderen bleibt in unserem Bericht die Bedeutung des Vermögens unberücksichtigt. So sind die „Superreichen“ in den letzten Jahren noch reicher geworden. Zwischen 2020 und 2021 ist ihre Zahl weltweit wie auch in Deutschland gestiegen.⁸ Im Folgejahr zeigt sich dann ein leichter Rückgang, der allerdings den vorherigen Zuwachs nicht ausgleicht.⁹ Inzwischen ist zudem eine sogenannte Gewinn-Preis-Spirale belegt, d.h. zahlreiche Unternehmen haben im Zuge der Inflation die Preise für ihre Güter und Dienstleistungen deutlich stärker erhöht, als es etwa die gestiegenen Energiepreise nötig gemacht hätten, und so satte Gewinne eingefahren (Schnabel 2022).

Die Bundesregierung hat durchaus versucht, den Armen zu helfen und insgesamt drei Entlastungspakete geschnürt (für einen Überblick siehe Pieper et al. 2023, S. 25f). Alle diese Maßnahmen haben gewirkt und Haushalte mit niedrigem Einkommen nachweislich entlastet (Dullien et al. 2023). Aber sie waren eben nicht mehr als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein und haben an den strukturellen Ursachen der wachsenden Ungleichheiten nichts geändert. Die Pandemie hat vor allem auch die Folgen unterschiedlicher Einkommenspositionen stärker hervortreten lassen: Arme sind etwa häufiger und schwerer an Corona erkrankt (Wachtler et al. 2020) und stärker von psychischen Belastungen betroffen (Heisig et al. 2021). Reiche hingegen, die meist über eine hohe Bildung verfügen, kamen mit Homeschooling besser zurecht (Dietrich et al. 2021). Personen mit einem großen finanziellen Polster, gesicherter Arbeit und guten Wohnbedingungen sind weitgehend unbeschadet durch die vergangenen Jahre gekommen. Für sehr viele Menschen am unteren Rand der Gesellschaft gilt das nicht. Sie mussten

8 Der Begriff „Superreiche“ wird hier ohne theoretische Reflexion, dem Bankenjargon folgend, für „High Net Worth Individuals“ verwendet, also für Personen mit einem frei verfügbaren Vermögen von mindestens 1 Mio US-\$.

9 Dies zeigen die Daten sogenannter „World Wealth Reports“ großer Finanzunternehmen. Es sind keine wissenschaftlichen Daten, sie sind aber zum jetzigen Zeitpunkt die einzig verfügbare Grundlage, um zu beleuchten, wie die Superreichen durch die Krisen gekommen sind. Bei Capgemini etwa ist für das Jahr 2021 von 1633 000 „High Net Worth Individuals“ in Deutschland die Rede, ein Plus von 6,4% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Für das Jahr 2022 weist der Bericht dann ein um 2,2% niedrigeres Gesamtvermögen der Superreichen sowie einen zahlenmäßigen Rückgang dieser Gruppe um 1,3% aus (Köhler 2023).

nicht nur zum Teil enorme finanzielle Einbußen hinnehmen, sie sehen sich auch seit Jahren mit großen Unsicherheiten konfrontiert und waren etwa während der Pandemie überdurchschnittlich stark von Ohnmachtsgefühlen betroffen (Hövermann 2021). Auch wenn die gesellschaftlichen Auswirkungen der vergangenen Krisen in ihrer Breite noch gar nicht abzuschätzen sind, deutet vieles darauf hin, dass sie die soziale Spaltung in Deutschland vertieft haben.

Vor diesem Hintergrund besitzen unsere Ergebnisse zum Zusammenhang von Einkommen und gesellschaftlicher Anerkennung (im Jahr 2021) besondere Relevanz: Je weniger Einkommen Menschen zur Verfügung steht, desto häufiger erleben sie die Geringschätzung anderer Menschen, während vor allem Reiche sich häufig von anderen wertgeschätzt fühlen. Dieser Befund kann ein Erklärungsbaustein dafür sein, dass sich auch das Vertrauen in Institutionen stark entlang des Einkommens unterscheidet. So genießen zentrale politische Institutionen und Akteure in Deutschland im Jahr 2021 bei über 40 % der dauerhaft Armen nur noch geringes Vertrauen. Weitere Studien mit aktuelleren Befragungsdaten (z. B. Hövermann/Kohlrausch 2022) deuten an, dass das Vertrauen in politische Institutionen insgesamt seither eher zurückgegangen ist. Umso klarer zeigen unsere Daten, wie sehr Einkommensungleichheiten an den Pfeilern unserer Demokratie rütteln können. Es ist daher dringend geboten, diesen Entwicklungen politisch entgegenzutreten. Die drängendsten Maßnahmen hierzu werden im Folgenden schlaglichtartig beleuchtet.

Armen Haushalten muss zunächst einmal finanziell geholfen werden. Wer seinen Lebensunterhalt ausschließlich oder im Wesentlichen mit Leistungen der Grundsicherung bestreiten muss (etwa Bürgergeld oder Grundsicherung im Alter), braucht Regelbedarfe, die armutsfest sind, die also ein Leben oberhalb der Armutsgrenze ermöglichen. Hier wurde bei der Einführung des Bürgergeldes Anfang des Jahres die Chance nicht genutzt, die Regelsätze entsprechend anzuheben (Blank et al. 2023). Den zahlreichen Haushalten wiederum, die erwerbstätig, aber trotzdem von Armut betroffen sind, ist mit all jenen Maßnahmen geholfen, die eine bessere Entlohnung auf der einen Seite und eine bessere Erwerbsbeteiligung auf der anderen Seite ermöglichen. Das sind zum einen eine deutliche Steigerung des Mindestlohnes (und nicht wie zuletzt eine Anhebung um lediglich 0,41 €). Ein zweites Bündel an Maßnahmen muss auf die Förderung sozialversicherungspflichtiger, angemessen entlohnter, sicherer Beschäftigungsverhältnisse gerichtet sein. Hierzu sind einzelfallorientierte Weiterqualifikationsmaßnahmen ebenso notwendig wie eine deutliche Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, um gerade in Paarhaushalten mit Kindern eine Erwerbstätigkeit beider Elternteile zu ermöglichen.

Am oberen Ende der gesellschaftlichen Hierarchie ist es wichtig, die Reichen und Superreichen über Steuern wieder mehr an der Finanzierung des Gemeinwohls zu beteiligen. Seit Mitte der 1990er Jahre wurden die Reichen systematisch steuerlich entlastet (siehe Abschnitt 2). Zuletzt war es die Reform der Erbschaftsteuer im Jahr 2016, die es zahlreichen Superreichen ermöglicht, erhebliche Betriebsvermögen zu vererben, ohne dass darauf nennenswert Steuern entfallen. Die Lasten, die sich aus den aktuellen Krisen ergeben, müssen insbesondere von den „starken Schultern“ mitgetragen werden. Es geht nicht darum, die Steuern für die Mitte der Gesellschaft zu erhöhen; es sind die Reichen und Reichsten dieser Gesellschaft, die einen größeren Beitrag zu unserem Gemeinwohl leisten müssen. Solche Maßnahmen erhöhen die Legitimitätsbasis unserer Demokratie, indem sie die Lasten der Krisen gerechter verteilen. Sie können so das Vertrauen in unsere freiheitlich demokratische Grundordnung stärken.

Das Auseinanderklaffen der Lebensrealitäten von Armen und Reichen ist eine schwere Hypothek für unsere Gesellschaft. Dies gilt umso mehr noch in einer Situation, in der Deutschland vor seiner sicher größten Herausforderung seit langem steht – der Bewältigung der Klimakatastrophe. Um den aktuellen wie auch den zukünftigen politischen Herausforderungen gut begegnen zu können, ist das Land mehr denn je auf ein funktionierendes demokratisches Miteinander und ein solides Vertrauen in politische Institutionen angewiesen. Das aber setzt voraus, dass alle Bevölkerungsgruppen, Arme wie Reiche, voll an der Gesellschaft teilhaben können und die Lasten der Krisen gerecht verteilt werden. ■

LITERATUR

- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg** (2023): Regionaler Sozialbericht Berlin-Brandenburg, Berlin
- Beznoska, M. / Niehues, J. / Stockhausen, M.** (2020): Stabil durch die Krise? Verteilungsfolgen der Corona-Pandemie – eine Mikrosimulationsanalyse. Institut der deutschen Wirtschaft: IW Report Nr. 65, Dezember 2020, Köln
- Blank, F. / Schäfer, C. / Spannagel, D.** (2023): Signal-Störung der Ampel bei der Grundsicherung? Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI-Report, Düsseldorf (im Erscheinen)
- Böhnke, P. / Giesecke, J. / Groh-Samberg, O. / Kleinert, C. / Konietzka, D. / Leuze, K. / Pollak, R.** (2023): Soziale Ungleichheit, Informationen zur politischen Bildung/izpb Nr. 354, 1/2023, Bonn
- Braband, C. / Consiglio, V. / Grabka, M. M. / Hainbach, N. / Königs, S.** (2022): Disparities in Labour Market and Income Trends during the First Year of the Covid-19 Crisis. Evidence from Germany, hrsg. von OECD, Bertelsmann Stiftung, DIW ECON, Gütersloh
- Brülle, J. / Spannagel, D.** (2023): Einkommensungleichheit als Gefahr für die Demokratie. WSI Verteilungsbericht 2023. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI-Report, Düsseldorf (im Erscheinen)
- Dietrich, H. / Patzina, A. / Lerche, A.** (2021): Social Inequality in the Home-schooling Efforts of German High School Students during a School Closing Period, in: *European Societies* 23 (sup1), S. 348–369
- Dullien, S. / Rietzler, K. / Tober, S.** (2023): Nettoeinkommen der Arbeitnehmenden: Spürbare Kaufkraftlücke trotz kräftiger staatlicher Entlastung. Zusammenfassende Bewertung von Lohnerhöhungen, fiskalischer Entlastung und Inflation 2022 und 2023. Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung: IMK Policy Brief Nr. 151, Juni 2023, Düsseldorf
- Dullien, S. / Tober, S.** (2023): IMK Inflationsmonitor. Inflationsunterschiede zwischen Haushalten im Mai 2023 deutlich geringer. Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung: IMK Policy Brief Nr. 152, Juni 2023, Düsseldorf
- Elsässer, L. / Hense, S. / Schäfer, A.** (2017): Systematisch verzerrte Entscheidungen? Die Responsivität der deutschen Politik von 1998 bis 2015: Endbericht, Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Lebenslagen in Deutschland, 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung
- Fitzenberger, B. / Seidlitz, A.** (2020): Die Lohnungleichheit von Vollzeitbeschäftigten in Deutschland: Rückblick und Überblick, in: *ASTA Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv* 14 (2), S. 125–143
- Goebel, J. / Grabka, M. M. / Liebig, S. / Kroh, M. / Richter, D. / Schröder, C. / Schupp, J.** (2019): The German Socio-Economic Panel (SOEP), in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 239 (2), S. 345–360
- Grabka, M. M.** (2021): Einkommensungleichheit stagniert langfristig, sinkt aber während der Corona-Pandemie leicht, in: *DIW Wochenbericht* 18/2021, S. 307–316
- Groh-Samberg, O.** (2014): No Way Out. Dimensionen und Trends der Verfestigung der Armut in Deutschland, in: *Sozialer Fortschritt* 63 (12), S. 307–315
- Heisig, J. P. / König, C. / Löbl, S.** (2021): Ängste, Sorgen und psychische Gesundheit in der Corona-Pandemie, in: Badura, B. / Ducki, A. / Schröder, H. / Meyer, M. (Hrsg.): *Fehlzeiten-Report 2021: Betriebliche Prävention stärken – Lehren aus der Pandemie*, Berlin/Heidelberg, S. 149–161
- Hövermann, A.** (2021): Inzidenzen sinken, Corona-Zweifel und Verschwörungsmymen bleiben. Aktuelle Befunde der 5. Welle der HBS-Panel-Erwerbspersonenbefragung 2020/21. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftli-

ches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Policy Brief Nr. 61, Oktober 2021, Düsseldorf

Hövermann, A. / Kohlrausch, B. (2022): Der Vertrauensverlust der Mütter in der Pandemie. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI-Report Nr. 73, März 2022, Düsseldorf

Köhler, P. (2023): Zahl der Millionäre ist 2022 gesunken, Handelsblatt online vom 01.06.2023, <https://www.handelsblatt.com/finanzen/banken-versicherungen/banken/world-wealth-report-zahl-der-millionaere-ist-2022-gesunken/29175030.html>

Kohlrausch, B. / Zucco, A. / Hövermann, A. (2020): Die Einkommensungleichheit wird durch die Corona-Krise noch weiter verstärkt. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI-Report Nr. 62, November 2020, Düsseldorf

Pieper, J. / Schneider, U. / Schröder, W. / Stilling, G. (2023): Zwischen Pandemie und Inflation. Paritätischer Armutsbericht 2022, aktualisierte 2. Aufl., Paritätischer Gesamtverband, Berlin

Schnabel, I. (2022): The Globalisation of Inflation, Vortrag bei einer Konferenz der Österreichischen Vereinigung für Finanzanalyse und Asset Management vom 11.05.2022, Wien

Schneickert, C. / Delhey, J. / Streckermeier, L. C. (2019): Eine Krise der sozialen Anerkennung? Ergebnisse einer Bevölkerungsbefragung zu Alltagserfahrungen der Wert- und Geringschätzung in Deutschland, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 71 (4), S. 593–622

Spannagel, D. / Molitor, K. (2019): Einkommen immer ungleicher verteilt. WSI-Verteilungsbericht 2019. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI-Report Nr. 53, Oktober 2019, Düsseldorf

Spannagel, D. / Zucco, A. (2022): Armut grenzt aus. WSI-Verteilungsbericht 2022. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI-Report Nr. 79, November 2022, Düsseldorf

Statistisches Bundesamt (2023): Die Neuregelung des Mikrozensus ab 2020, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Haushalte-Familien/Methoden/mikrozensus-2020.html> (letzter Zugriff: 08.09.2023)

Wachtler, B. / Michalski, N. / Nowossadeck, E. / Diercke, M. / Wahrendorf, M. / Santos-Hövene, C. / Lampert, T. / Hoebel, J. (2020): Sozioökonomische Ungleichheit und COVID-19. Eine Übersicht über den internationalen Forschungsstand, in: Journal of Health Monitoring 5 (S7), S. 3–18

AUTOR*IN

JAN BRÜLLE, Dr., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Referat für Verteilungsanalyse und Verteilungspolitik im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. Forschungsschwerpunkte: Dynamiken sozialer Ungleichheit, Internationaler Vergleich von Wohlfahrtsstaaten

@ jan-bruelle@boeckler.de

DOROTHEE SPANNAGEL, Dr., Referatsleiterin für Verteilungsanalyse und Verteilungspolitik im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. Forschungsschwerpunkte: Armuts- und Reichtumsforschung, Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik

@ dorothee-spannagel@boeckler.de